



Covid-19-Krise: Politische Erklärung

26. UNI Europa-Vorstand – 6.-7. Oktober 2020

„Vorwärts durch Tarifverhandlungen“, das Thema der 5. UNI Europa-Konferenz, ist unsere Inspiration für die Bewältigung der Covid-19-Krise. Anstatt es zuzulassen, dass die Pandemie die Arbeitnehmerrechte untergräbt, müssen wir es umkehren, um ein Europa der ArbeitnehmerInnen mit und durch starke Tarifverhandlungen voranzubringen.

Covid-19 hat in Europa und weltweit eine gesundheitliche, wirtschaftliche und vor allem soziale und menschliche Krise verursacht. Die Beschäftigten im Dienstleistungssektor sind unterschiedlich betroffen. Einige konnten überhaupt nicht arbeiten, vor allem im Tourismus. Büroangestellte wurden gezwungen, von zu Hause aus zu arbeiten. Trotz des Gesundheitsrisikos in den Bereichen Handel, Pflege, Reinigung, Finanzwesen, Friseur, privater Sicherheitsdienst, Post und Logistik standen systemrelevante Beschäftigte an vorderster Front.

In der Tat sind es die Beschäftigten im Dienstleistungssektor, die unsere Gesellschaft während der Krise funktionsfähig gehalten haben. Sie hat die Bedeutung etablierter Dienstleistungssektoren sowohl für die Wirtschaft als auch für die Gesellschaft in den Vordergrund gerückt. Sobald die Pandemie überwunden ist, müssen wir sicherstellen, dass die Dienstleistungssektoren nicht wieder durch Sparmaßnahmen ausgehöhlt werden und die Beschäftigten im Dienstleistungssektor den Preis dafür zahlen. Stattdessen ist unser Ziel: angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen für alle. Dies zu erreichen, ist von zentraler Bedeutung, um die Ungleichheit in unseren Gesellschaften und auf der ganzen Welt umzukehren, die während der Krise so deutlich geworden ist. Es ist an der Zeit, Jahre der Sparpolitik und 40 Jahre Neoliberalismus zu überwinden.

Die nachhaltigen Auswirkungen der Pandemie werden die unmittelbaren und stärkeren Auswirkungen der gegenwärtigen Transformationstrends auf unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften sein. Es sind in erster Linie die Digitalisierung und die Klimaproblematik. Weitere Trends sind die Auslagerung von immer mehr Funktionen bei gleichzeitig schrumpfender Stammebelegschaft, die Lockerung des Arbeitsverhältnisses und die Zunahme prekärer Arbeitsformen. Die Krise hat die Marktmacht von Amazon und anderen Big-Tech-Unternehmen zum Nachteil der Wettbewerber, der ArbeitnehmerInnen und der Gesellschaft insgesamt gestärkt. Aufgrund der durch Covid-19 herbeigeführten Beschleunigung haben wir weniger Zeit, um die heutigen Herausforderungen anzugehen. Wir müssen das Tempo des Wandels verlangsamen, damit unsere Gesellschaften damit zurechtkommen.

Länder, Branchen und Unternehmen mit starken Gewerkschaften sind in Krisensituationen und in Zeiten des raschen Wandels widerstandsfähiger. Covid-19 hat uns dies erneut unter Beweis gestellt. Tarifverhandlungen und sozialer Dialog sind bewährte Methoden zur Bewältigung des Wandels. Gewerkschaften und Arbeitgeber - die Sozialpartner – haben gemeinsam das direkteste Wissen über die Veränderungen in ihren Branchen. Sie sind

daher am besten in der Lage, mit der erforderlichen Geschwindigkeit und Kontinuität zu handeln, um faire Ergebnisse und gemeinsamen Wohlstand zu erzielen. Dies ist der Kern des sozialen Europas. Es ist der Wettbewerbsvorteil Europas. Es ist unsere Stärke, die dauerhaften Auswirkungen dieser Krise einzudämmen.

Die Pandemie bekräftigt die Politik von UNI Europa zur Stärkung der Tarifverhandlungen, denn die Covid-19-Krise erhöht die Dringlichkeit und eröffnet neue Möglichkeiten auf diesem Weg.

- 1) Die Dienstleistungssektoren beschäftigen zwei Drittel der Arbeitskräfte und erwirtschaften zwei Drittel des BIP in Europa. Sie sind nicht nur der größte Teil der Wirtschaft, sondern auch ihr Rückgrat. Sie bilden den wesentlichen Rahmen, der die Wirtschaft und Gesellschaft in Bewegung hält. Wir fordern eine **massive und dauerhafte Verlagerung der öffentlichen Investitionen in den Dienstleistungssektor**. Wir brauchen dringend Maßnahmen zur Stimulierung des Verbrauchs, die es den Beschäftigten ermöglichen, zum Wiederaufschwung der Wirtschaft beizutragen. Es muss Geld in die Taschen fließen, um es auszugeben - nicht nur, um die Pandemie zu überwinden, sondern auch, um die Umwälzungen zu mildern, die der Übergang zu einer digitalen und klimaneutralen Wirtschaft mit sich bringt. Öffentliche Investitionen sind unerlässlich, um die tiefgreifende Umstrukturierung der Dienstleistungssektoren zu erleichtern. Der Schwerpunkt muss auf der Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze, nicht zuletzt durch Weiterqualifizierung, und der Förderung einer allgemeinen Lohnerhöhung in Europa liegen, insbesondere für Beschäftigte im Dienstleistungssektor. Europa muss eine nachhaltige, zukunftsorientierte Dienstleistungsinfrastruktur mit einer ausgeprägten sozialen Perspektive aufbauen.
- 2) Es wird nach der Pandemie keine faire Wirtschaft geben, wenn nicht eine radikale Neubewertung der systemrelevanten Arbeit und der Bedürfnisse der **systemrelevanten Beschäftigten** erfolgt. Viele von ihnen, die unsere Gemeinden während der Krise am Laufen gehalten haben, wurden viel zu lange übersehen und unterbezahlt. Jetzt ist es an der Zeit, dies zu ändern. Wir fordern „eine neue Normalität“ für systemrelevante Beschäftigte. Menschenwürdige Arbeitsplätze bedeuten, dass Arbeitgeber auf der ganzen Welt die grundlegenden Arbeitnehmerrechte respektieren müssen: angemessene Löhne, sichere Arbeitsplätze, bezahlten Krankenstand, gewerkschaftliche Vertretung, Tarifverhandlungen und einen systemrelevanten Status in Krisenzeiten. Wir fordern die EU auf, den Weg zu ebnen, indem sie die staatliche Förderung des unlauteren Wettbewerbs bei den Löhnen, des Lohndumpings beendet. Der erste Schritt ist eine Überarbeitung der Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen, so dass nur Unternehmen, die einem Tarifvertrag beigetreten sind, ein Angebot abgeben können.
- 3) Die Pandemie macht deutlich, dass in Krisenzeiten, wenn die Ressourcen strapaziert und die institutionellen Kapazitäten begrenzt sind, die **strukturellen Ungleichheiten**, mit denen **Frauen, Jugendliche, ethnische Minderheiten und andere diskriminierte Gruppen** konfrontiert sind, noch verstärkt werden. Sie sind in Bezug auf Beschäftigung, Zugang zu Gesundheitsdiensten und Sozialschutz sowie Schutz vor Gewalt betroffen. Hart erkämpfte Rechte und Leistungen sind in Gefahr. Als Gewerkschaften sind wir bestrebt, dazu beizutragen, seit langem bestehende Ungleichheiten zu korrigieren und jede absichtliche oder unabsichtliche Rücknahme zu verhindern. Die Gleichstellung der Geschlechter steht ganz oben auf der Tagesordnung der Tarifverhandlungen. Im Zusammenhang mit der EU fordern wir die rasche Verabschiedung der Richtlinie zur Lohntransparenz und die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens über Gewalt und Belästigung (Nr. 190).
- 4) Willkürliche Notfallvorkehrungen sollten nicht zu einer Möglichkeit werden, **Fernarbeit** zu organisieren. Stattdessen fordern wir die Arbeitgeber auf, dies mit den Gewerkschaften durch Tarifverträge zu regeln. Die EU und die Regierungen sollten mit der Arbeit an einem aktualisierten Rechtsrahmen beginnen und für eine

ordnungsgemäße Durchsetzung sorgen. Arbeitszeitgesetze mit einem zusätzlichen Recht auf Unerreichbarkeit müssen eingehalten werden. Fernarbeit muss für die MitarbeiterInnen freiwillig sein. Es sollte kein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Verpflichtungen der Arbeitgeber gegenüber den MitarbeiterInnen bestehen, die im Büro oder aus der Ferne arbeiten. Jede Überwachung muss sowohl transparent sein als auch die Privatsphäre respektieren. Es muss klar sein, dass Fernarbeit kein schlüpfriger Abstieg von der Standardbeschäftigung zu prekäreren Formen sein kann. Die Fernarbeit unterstreicht die Notwendigkeit eines EU-Rechts für Gewerkschaften, Zugang zu einem Unternehmen zu erhalten, auch virtuell und in einem transnationalen Kontext. Die Arbeitgeber müssen verpflichtet sein, den Gewerkschaften geeignete Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, damit sie sich während der bezahlten Arbeitszeit mit der Belegschaft zu Organisations-, Vertretungs- und Tarifverhandlungszwecken treffen können.

- 5) Die heutige Krise hat die bereits laufenden **Umstrukturierungsprozesse** in der Dienstleistungsbranche und ihren Unternehmen **beschleunigt**. Zu viele Manager entziehen sich ihrer Verpflichtung, die Unterrichts-, Anhörungs- und Mitbestimmungsrechte der EU-ArbeitnehmerInnen zu beachten. Wir fordern die EU und die Regierungen auf, dafür zu sorgen, dass die einschlägigen Rechtsvorschriften, wie die EBR-Richtlinie, strikt durchgesetzt werden und die Arbeitnehmervertreter in der Lage sind, ihre Rechte auszuüben. Darüber hinaus fordern wir einen überarbeiteten und verstärkten EU-Rahmen für die Umstrukturierung transnationaler Unternehmen, der die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen auf allen entsprechenden Ebenen fördert und unterstützt. Wir fordern die Unternehmen auf, sich mit den Gewerkschaften in Tarifverhandlungen und im sozialen Dialog zu engagieren, um Veränderungen zu antizipieren und Umstrukturierungen gemeinsam zu bewältigen. Mit einem solchen Ansatz wird Europa in der Lage sein, die Übergänge in den Dienstleistungssektoren in einer sozial nachhaltigen, fairen und zukunftsorientierten Weise zu meistern.
- 6) Die Macht von **Amazon** ist ungebremst, und die Covid-19-Krise hat ihr Wachstum beschleunigt. Wir fordern die Kommission auf, Amazon bis hin zur strukturellen Trennung zur Rechenschaft zu ziehen. Wir können nicht zulassen, dass die vielen wettbewerbsfeindlichen Geschäftspraktiken von Amazon unsere Dienstleistungsbranche und insbesondere unsere Einkaufsstraßen dezimieren. Amazon ist der Hauptschuldige. Dennoch sind Unternehmen wie Google, Facebook und Apple nicht weit davon entfernt. Wir fordern eine EU-Gesetzgebung, die unsere Volkswirtschaften endgültig schützt, indem sie alle Online-Plattformen mit beträchtlicher Marktmacht reguliert und einschränkt. Das EU-Gesetz über digitale Dienste muss einen neuen Rahmen definieren, der qualitativ hochwertige Dienstleistungen fördert und zudem gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer gewährleistet, der die Rechte der Beschäftigten gewährleistet, unabhängig davon, ob die Unternehmen in der traditionellen oder der elektronischen Wirtschaft tätig sind. Die größten Profiteure der Krise müssen ihren gerechten Anteil zahlen, damit die Länder über die Ressourcen verfügen, um sowohl die Folgen des Covid-19-Fallout zu bewältigen als auch die digitalen und klimabedingten Übergänge so zu organisieren, dass viele davon profitieren und nicht nur einige wenige.
- 7) Die Pandemie ist noch nicht vorbei. **Die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten** muss angemessen geschützt werden, sowohl in Bezug auf Fragen der psychischen und physischen Gesundheit als auch auf alle Formen der arbeitsbedingten Gewalt, die sich aus der Covid-19-Situation ergeben. Persönliche Schutzausrüstung (PSA) muss verfügbar sein - Engpässe in einer der am weitesten entwickelten Regionen der Welt sind ein offensichtliches Versagen der Politik. In ganz Europa muss Covid-19 als Berufskrankheit für alle Beschäftigten ausgewiesen werden, die unverhältnismäßig hohen Infektionsrisiken ausgesetzt sind. Die Gewerkschaften müssen umfassend in die Entwicklung, Umsetzung und

Überwachung von Schutzmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Rückkehr an den Arbeitsplatz einbezogen werden - auf nationaler Ebene, durch EBR und transnationale Gewerkschaftsbündnisse.

- 8) Der sektorale **soziale Dialog** hat sich in der Krise bewährt. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich in ganz Europa zusammengeschlossen, um gemeinsame Risikobewertungen, Leitlinien und Forderungen zu entwickeln und zu vereinbaren, die auf die spezifischen Situationen in einer Branche abgestimmt sind. Wir sind entschlossen, diesen Erfolg über die Krise hinaus weiter auszubauen. Wir fordern die EU auf, den sektoralen sozialen Dialog auf europäischer Ebene zu fördern, indem sie die Sozialpartner schon sehr früh in die politischen Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Arbeitswelt einbezieht. Wir brauchen eine Verpflichtung zum Aufbau von Kapazitäten für Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Tarifverhandlungen, insbesondere in Mittel- und Osteuropa. Dazu gehören auch zweckgebundene Mittel, die über die europäischen sektoralen Sozialpartner bereitgestellt werden.
- 9) Wir schließen uns der Einschätzung des EGB an, dass die bisher von der EU und den Regierungen ergriffenen Sofortmaßnahmen in der Tat Beschäftigte, Unternehmen und öffentliche Dienste vor massiven Störungen geschützt haben. Es gab jedoch erhebliche Mängel hinsichtlich der rechtzeitigen Umsetzung, der Angemessenheit, der Universalität der Abdeckung und des Zugangs sowie der angemessenen Einbeziehung der Sozialpartner in den Prozess. Dies muss korrigiert werden. Europa braucht Solidarität, sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder. Wir fordern eine EU-Intervention, die die Regierungen verpflichtet, von Unternehmen, die finanzielle Unterstützung und Einkommensentschädigung erhalten, zu fordern, mit Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern über Umstrukturierungen und Entlassungen von Beschäftigten zu verhandeln. Wir erwarten eine klare Zusage der EU, dass die **nationalen Konjunkturprogramme** nicht von schädlichen steuerlichen Bedingungen und Sparmaßnahmen abhängig gemacht werden. Gleichzeitig dürfen Unternehmen keine staatliche Soforthilfe erhalten, wenn sie Dividenden oder Boni für Führungskräfte zahlen, Aktienrückkäufe tätigen, Steuervorschriften und -verpflichtungen nicht einhalten und, was für uns am wichtigsten ist, keinen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Europa muss Arbeitsplätze schützen, nicht Aktionäre und Chefs.
- 10) Gewerkschaften und Tarifverhandlungen sind für die Bemühungen zur Bekämpfung der Pandemie von zentraler Bedeutung. Wir werden uns allen Versuchen von Regierungen widersetzen, diese kollektiven und individuellen Arbeitnehmerrechte unter dem Deckmantel einer Notstandsgesetzgebung zu untergraben. Wir werden uns allen Versuchen der EU, von Regierungen oder Unternehmen widersetzen, die Krise zu nutzen, um Löhne und Arbeitsbedingungen zu senken.

UNI Europa wird diese Agenda gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen, unseren Sektoren und Gruppen verfolgen, damit die Covid-19-Krise zu einem Wendepunkt für die Stärkung der Gewerkschaften und Tarifverhandlungen wird, um eine gerechtere und gleichberechtigte Gesellschaft in Europa zu erreichen.

Wir wollen durch sozialen Schutz und existenzsichernde Mindestlöhne die Talsohle für alle anheben.

Wir wollen die Mitte durch sektorale Tarifverhandlungen mit der Unterstützung von Arbeitgebern, Regierungen und der Zivilgesellschaft erweitern.

Wir wollen die Gier an der Spitze begrenzen, indem wir die 1% dazu zwingen, ihren gerechten Anteil zu zahlen und die Demokratie in der Politik und der Arbeit zu respektieren.